S 46 SO 503/20

Rechtskraft

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Sozialhilfe

Abteilung

Kategorie Urteil Bemerkung -

Deskriptoren Sozialhilfe – Überleitungsanzeige –

hinreichende Bestimmtheit - zukünftiger

Leistungszeitraum -

Schenkungsrückforderungsanspruch -

unentgeltliche Löschung eines

Wohnrechts - fehlerfreie

Ermessensausübung – vollständige Sachverhaltsermittlung – Anhörung des

bisherigen Gläubigers

Leitsätze 1. Eine Überleitungsanzeige leidet unter

einem Ermessensfehler, wenn der

bisherige Gläubiger zuvor nicht angehört

worden ist.

2. Eine Überleitungsanzeige ist auch

hinsichtlich eines zukünftigen Leistungszeitraums hinreichend bestimmt, wenn der Wert der

übergeleiteten Forderung als Obergrenze der Überleitung sowie als Endzeitpunkt das Ende des Hilfebedarfs angegeben

wird.

Normenkette SGB XII § 93 Abs 1 S 1; SGB XII § 93 Abs 2

; SGB XII <u>§ 2 Abs 1</u>; SGB XII <u>§ 16</u>; SGB X <u>§</u> 33 Abs 1; BGB <u>§ 516 Abs 1</u>; BGB <u>§ 528</u>

Abs 1 S 1; BGB § 818 Abs 2

1. Instanz

Aktenzeichen S 46 SO 503/20

Datum 04.12.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 SO 6/21

Datum 18.06.2021

3. Instanz

Datum 23.02.2023

Â

Auf die Revision des Klägers werden die Urteile des Bayerischen Landessozialgerichts vom 18. Juni 2021 und des Sozialgerichts München vom 4. Dezember 2020 sowie die Bescheide des Beklagten vom 25. Juli 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheids der Regierung von Unterfranken vom 14. Oktober 2019 aufgehoben.

Der Beklagte trÄxgt die Kosten des Verfahrens in allen Rechtszļgen.

Der Streitwert für das Revisionsverfahren wird auf 55Â 000Â Euro festgesetzt.

Grü nde:

I

Zwischen den Beteiligten steht die ̸berleitung eines Rþckforderungsanspruchs wegen Verarmung des Schenkers im Streit.

2 Die inzwischen verstorbenen Eltern des 1964 geborenen Klägers hatten diesem mit notariellem Vertrag im Jahr 1999 ihr Hausgrundstück samt Gartenland und einer WaldflĤche zum Alleineigentum übereignet; der Kläger hatte im Gegenzug seinen Eltern auf Lebenszeit ein Wohnungs- und Benutzungsrecht an sämtlichen Räumen im Erdgeschoss des Anwesens und einem Kellerraum eingerĤumt, das Dritten entgeltlich oder unentgeltlich ļberlassen werden durfte. Der KlÄxger hatte sich ferner verpflichtet, die Wohnung wohn- und heizbar herzurichten und diesen Zustand stets zu erhalten, wobei er als EigentA¼mer fA¼r sĤmtliche Kosten mit Ausnahme von Nebenkosten aufzukommen hatte. Das Wohnungs- und Mitbenutzungsrecht wurde als beschrĤnkte persĶnliche Dienstbarkeit und hinsichtlich der weiteren FlĤchen ein NieÄ∏brauch zugunsten des Vaters sowie bei dessen Ableben der Mutter in das Grundbuch eingetragen. Des Weiteren verpflichtete sich der KlÄzger, seinen drei Schwestern je 30Å 000Å DM als Elterngut zu zahlen, wobei alle Kinder auf ihr Pflichtteilsrecht verzichteten. Zugleich setzten sich die Eltern in einem notariellen Testament gegenseitig zum alleinigen und unbeschrĤnkten Erben ein. Die Kinder wurden zu gleichen Teilen zu Erben des LĤngerlebenden eingesetzt.

Nachdem die Eltern in ein Seniorenheim gezogen waren, stellten diese im September 2014 bei dem Beklagten einen Antrag auf Sozialhilfe. Sie bezogen jeweils eine Altersrente der Deutschen Rentenversicherung N. Der Beklagte bewilligte ihnen jeweils ab Dezember 2014 bis auf weiteres Sozialhilfe in Form der stationĤren Hilfe zur Pflege sowie einen Barbetrag im Rahmen der Hilfe zum

Lebensunterhalt. Zum 26.2.2015 zog die Mutter und zum 1.5.2015 der Vater zur Dauerpflege in ein Altenpflegeheim in F. Nach dem Tod des Vaters im Laufe des Widerspruchsverfahrens erhielt die Mutter eine Hinterbliebenenrente und Wohngeld.

- 4
 Bereits im August 2014 beantragten die Eltern die Löschung ihres
 Wohnungsrechts und NieÃ□brauchs, was im September 2014 entsprechend erfolgte.
 Nach einem auf Veranlassung des Beklagten erstellten Gutachten des
 Landratsamtes wurde zum Stichtag 22.8.2014 für das Anwesen ein Verkehrswert
 iHv ca 160 000 Euro und ein Wert für das Wohnungs- und Mitbenutzungsrecht
 iHv ca 55Â 000Â Euro mit einer fiktiven monatlichen Miete von 390Â Euro ermittelt.
- Nach entsprechender Anhörung des Klägers leitete der Beklagte mit zwei Bescheiden jeweils die AnsprÃ⅓che des Vaters und der Mutter gegen den Kläger auf Herausgabe der Schenkung aufgrund der unentgeltlichen Löschung des â∏Wohnrechtsâ∏ auf sich Ã⅓ber (Bescheide vom 25.7.2018; Widerspruchsbescheid vom 14.10.2019).
- 6 Die Klage hat das Sozialgericht (SG) Mþnchen nach Beiladung der Mutter (Beschluss vom 23.11.2020) abgewiesen (Urteil des SG vom 4.12.2020). Die Berufung hat das Bayerische Landessozialgericht (LSG) zurÄ¹/₄ckgewiesen (Urteil vom 18.6.2021). StreitgegenstĤndlich sei die vom KlĤger erstrebte Aufhebung der beiden Bescheide des Beklagten vom 25.7.2018, mit denen dieser Ansprüche der damals noch lebenden Eltern auf Rýckgabe einer Schenkung auf sich überleitet. Einer weiteren Beiladung habe es nach dem Tod beider Elternteile nicht bedurft. Zwar seien die vier Kinder einschlieà lich des Klägers zu gleichen Teilen Erben nach ihrer Mutter, die wiederum den Vater beerbt habe, jedoch habe es sich sowohl bei dem Wohnungsrecht als auch bei dem Schenkungsrückforderungsanspruch um ein höchstpersönliches Recht bzw einen zweckgebundenen Anspruch gehandelt, der mit dem Tod erlĶsche. Die mittels Verwaltungsakt erfolgten Anberleitungsanzeigen seien formell rechtmäÃ∏ig. Dass die Eltern als Leistungsberechtigte vor der Ã∏berleitung nicht angehört worden seien, fýhre zu keiner Verletzung subjektiver Rechte des Klägers. Der Beklagte habe auch nicht vollständig zu prüfen und zu ermitteln gehabt, ob der überzuleitende Anspruch tatsÃxchlich und in welcher Höhe bestehe, weil dies gegebenenfalls Aufgabe der Zivilgerichtsbarkeit sei. Ausreichend sei, dass der ýberzuleitende Anspruch nicht offensichtlich ausgeschlossen sei. Die Bewilligung der LĶschung des Wohn- und Mitbenutzungsrechts am klĤgerischen Hausgrundstück könne eine Schenkung darstellen, die dann zu wirtschaftlich verwertbaren Schenkungsrückforderungsansprüchen geführt hÃxtte. Die ̸berleitungsanzeigen seien auch hinreichend bestimmt sowie auch im Ã∏brigen materiell rechtmäÃ∏ig gewesen. Beide Eltern seien in Anbetracht der ungedeckten Heimkosten nach Abzug der aus dem Einkommen der Eltern zu entrichtenden Kostenbeteiligungen leistungsberechtigt gewesen. Soweit der KlĤger geltend gemacht habe, seine Eltern seien gar nicht bedürftig im Sinne des

Sozialgesetzbuchs Zwölftes Buch â∏ Sozialhilfe â∏ (SGB XII) gewesen, könne er diesen Einwand lediglich im Rahmen des zivilrechtlichen Verfahrens vorbringen. Der Beklagte habe das ihm eingeräumte Ermessen pflichtgemäÃ☐ ausgeübt. Die seitens des Klägers vorgebrachten Gründe von Verschuldung und Krankheit seien erst im Laufe des gerichtlichen Verfahrens geltend gemacht worden, womit sie für das vorliegende Verfahren nicht relevant seien. Die Beiladung der inzwischen verstorbenen Mutter hat das LSG aufgehoben.

Hiergegen richtet sich die Revision des Klä¤gers vom 30.12.2021. Die Ä\[]berleitungsbescheide seien bereits nicht iS von \(\hat{A}\hat{S}\hat{A}\) 33 Abs\(\hat{A}\) 1 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch \(\hat{A}\)\[]\[]\[A\] Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz\(\hat{A}\) \(\hat{A}\)\[]\[]\[(\SGB\hat{A}\)\] bestimmt genug. Das LSG h\(\hat{A}\)\[*\text{xtte}\] die Rechtswidrigkeit der Sozialhilfegew\(\hat{A}\)\[*\text{hrung}\] an die Eltern nicht dahinstehen lassen d\(\hat{A}\)\[^\frac{1}{4}\]rfen. Auch habe das LSG den Beweisantrag im Hinblick auf die Einholung eines Sachverst\(\hat{A}\)\[*\text{nndigengutachtens}\(\hat{A}\)\[^\frac{1}{4}\)ber die Verwertbarkeit von vorhandenen Wertpapieren nicht \(\hat{A}\)\[^\frac{1}{4}\)bergehen d\(\hat{A}\)\[^\frac{1}{4}\]rfen. Zudem habe der Kl\(\hat{A}\)\[^\frac{1}{2}\]ger bereits 2021 auf seine hohe Verschuldung und seine sehr schwere Krankheit hingewiesen. Zudem w\(\hat{A}\)\[^\frac{1}{2}\]ren der Mutter im Rechtsstreit notwendig beizuladen gewesen.

8
Der KlĤger beantragt,
die Urteile des Bayerischen Landessozialgerichts vom 18. Juni 2021 und des
Sozialgerichts Mýnchen vom 4. Dezember 2020 sowie die Bescheide des
Beklagten vom 25. Juli 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheids der Regierung
von Unterfranken vom 14. Oktober 2019 aufzuheben.

9
Der Beklagte beantragt,
die Revision zurĽckzuweisen.

10 Er hält die angefochtenen Entscheidungen fÃ⅓r zutreffend.

Ш

11
Die Revision ist zulĤssig und begründet, weshalb die Urteile des LSG und des SG sowie die angegriffenen Bescheide aufzuheben waren (<u>§Â 170 Abs 2 Satz 1</u> Sozialgerichtsgesetz).

12
Die Klage ist als Anfechtungsklage gegen die Bescheide vom 25.7.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 14.10.2019 gemäÃ□ §Â 54 Abs 1
Satz 1, 1. Fall SGG statthaft und auch im Ã□brigen zulässig. Insbesondere ist der Kläger klagebefugt iS des §Â 54 Abs 1 Satz 2 SGG. Die angegriffenen Ã□berleitungsbescheide greifen in die Rechte des Klägers als Drittschuldner ein.

Denn auch wenn dessen Verpflichtung unabhängig von der Ã□berleitung besteht, verändern die Ã□berleitungsanzeigen als privatrechtsgestaltende Verwaltungsakte das zwischen dem Drittschuldner und dem Hilfeempfänger bestehende Rechtsverhältnis (so bereits zu §Â 90 Bundessozialhilfegesetz aF Bundesverwaltungsgericht vom 27.5.1993 5 C 7.91 BVerwGE 92, 281, 282 juris RdNr 10). Dem Drittschuldner wird durch die Ã□berleitung ein anderer Gläubiger zugeordnet, wodurch für den Fall einer rechtswidrigen insbesondere nichtigen Ã□berleitungsanzeige für diesen die Gefahr der Doppelleistung besteht. Damit liegt die Möglichkeit der Verletzung eigener subjektiver Rechte auch des Drittschuldners vor (LSG Nordrhein-Westfalen vom 20.12.2012 L 9 SO 22/09 RdNr 25).

13 Die Klage ist am 13.10.2020 auch fristgerecht erhoben. GemĤÃ∏ <u>§Â 87 Abs 1</u> Satz 1 SGG ist die Klage binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Verwaltungsakts zu erheben. Nach <u>§Â 66 Abs 1 SGG</u> beginnt die Frist fþr ein Rechtsmittel jedoch nur dann zu laufen, wenn der Beteiligte über den Rechtsbehelf, die Verwaltungsstelle oder das Gericht, bei denen der Rechtsbehelf anzubringen ist, den Sitz und die einzuhaltende Frist schriftlich oder elektronisch belehrt worden ist. Ist die Belehrung unterblieben oder unrichtig erteilt, so ist die Einlegung des Rechtsbehelfs gemäÃ∏ <u>§Â 66 Abs 2 Satz 1 SGG</u> nur innerhalb eines Jahres seit Zustellung, Eröffnung oder Verkündung zulÃxssig, auÃ∏er wenn die Einlegung vor Ablauf der Jahresfrist infolge hanherer Gewalt unmänglich war oder eine schriftliche oder elektronische Belehrung dahin erfolgt ist, dass ein Rechtsbehelf nicht gegeben sei. Ein solcher Fall liegt hier vor. Die im Widerspruchsbescheid vom 14.10.2019 (zugegangen am 17.10.2020) angegebene Zuständigkeit des SG Würzburg deckt sich nicht mit dem Wohnsitz des Klägers im Regierungsbezirk O, für den die Zuständigkeit des SG München gegeben ist (§Â 57 Abs 1 SGG iVm Art 1 Abs 1 Satz 1 Nr 1 des Bayerischen Sozialgerichts-AusfA¹/₄hrungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 9.1.2018, GVBI 2018, 2). Unbeachtlich ist dabei, ob der Betroffene selbst die Unrichtigkeit erkannt hat, weil es keines Kausalzusammenhangs zwischen fehlerhafter Belehrung und unterbliebenem bzw nicht fristgemĤÃ∏ eingelegtem/erhobenem Rechtsbehelf/Rechtsmittel bedarf (Bundessozialgericht vom 3.7.2013 â∏ <u>B 12 KR 8/11 R</u> â∏∏ <u>BSGE 114, 69</u> = SozR 41500 §Â 66 Nr 4, RdNr 2325).

Mit der Aufhebung der angefochtenen Entscheidungen ist eine Beiladung der Schwestern als weitere Mitglieder der Erbengemeinschaft nach dem Tod des Vaters und der Mutter durch den Senat (§Â 75 Abs 2 1. Alt, <u>§Â 168 SGG</u>) jedenfalls entbehrlich geworden. Der Anspruch auf Rù¼ckforderung der Schenkung sofern er ù¼berhaupt besteht steht nun allenfalls noch den Mitgliedern der Erbengemeinschaft zu; ihre Rechte können wegen des Ausgangs des Verfahrens weder verfahrens- noch materiell-rechtlich berù¼hrt sein (vgl nur BSG vom 2.8.2001 <u>B 7 AL 18/00 R</u> <u>SozR 3-1500 §Â 55 Nr 34</u> S 68 â□□ juris RdNr 18 mwN). Ob sich im Hinblick auf die denkbare Vererbbarkeit des Rù¼ckforderungsanspruchs ursprù¼nglich die Notwendigkeit der Beiladung ergab,

kann offenbleiben.

15 Die angegriffenen \tilde{A} berleitungsanzeigen sind rechtswidrig und verletzen den Kl \tilde{A} ger in seinen Rechten.

Hat eine leistungsberechtigte Person einen Anspruch gegen einen anderen, der kein Leistungstr \tilde{A} ¤ger iS des \hat{A} § \hat{A} 12 Sozialgesetzbuch Erstes Buch \hat{a} Allgemeiner Teil \hat{a} (SGB I) ist, kann der Tr \tilde{A} ¤ger der Sozialhilfe durch schriftliche Anzeige an den anderen bewirken, dass dieser Anspruch bis zur H \tilde{A} ¶he seiner Aufwendungen auf ihn \tilde{A} ½bergeht (vgl \hat{A} § \hat{A} 93 Abs \hat{A} 1 Satz \hat{A} 1 SGB \hat{A} XII; hier anzuwenden in der Fassung des Gesetzes zur \tilde{A} nderung des Zw \tilde{A} ¶lften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 2.12.2006, BGBI I 2670). Die danach vom Beklagten verf \tilde{A} ½gten \tilde{A} berleitungsanzeigen sind zwar formell rechtm \tilde{A} ¤ \tilde{A} ig, sie sind materiell aber jedenfalls rechtswidrig, weil der Beklagte bei ihrem Erlass das ihm nach \tilde{A} § \hat{A} 93 SGB \hat{A} XII zustehende Ermessen nicht pflichtgem \tilde{A} ¤ \tilde{A} Π ausge \tilde{A} ½bt hat.

17 Die angegriffenen Bescheide sind hinreichend bestimmt iS des §Â 33 Abs 1 SGB X (in der Fassung des Dritten Gesetzes zur Ã∏nderung verwaltungsverfahrensrechtlicher Vorschriften vom 21.8.2002 â∏∏ BGBIÂ I 3322). <u> §Â 33 Abs 1 SGBÂ X verlangt, dass der Adressat des Verwaltungsakts unter</u> Berücksichtigung der Erkenntnismöglichkeiten eines verständigen, objektiven ErklĤrungsempfĤngers À unter Berļcksichtigung der Begrļndung des Bescheids und auch der Begründung im Widerspruchsbescheid, die zur Auslegung herangezogen werden kann (Engelmann in Schã¼tze, SGB X, 9. Aufl 2020, §Â 33 RdNr 4) in der Lage sein muss, aus dem Verfügungssatz der Entscheidung das von ihm Geforderte zu erkennen und sein Verhalten danach auszurichten (vgl nur BSG vom 23.3.2010 Â BÂ 8Â SO 2/09Â RÂ SozR 45910 §Â 92c Nr 1 RdNr 11). Im Einzelnen richten sich die Anforderungen an die notwendige Bestimmtheit nach den Besonderheiten des jeweils anzuwendenden materiellen Rechts. Ein Bescheid über die Inanspruchnahme auf Kostenersatz ist danach ua nur dann hinreichend bestimmt, wenn der Adressat des Verwaltungsakts erkennen kann, für welche Sozialhilfeleistungen im Einzelnen Kostenersatz von ihm verlangt wird (zu einem Anspruch nach §Â 103 SGBÂ XII BSG vom 3.7.2020 <u>B 8 SO 2/19 R</u> <u>BSGE 130, 258</u> = SozR 43500 §Â 103 Nr 1, RdNr 5; BSG vom 23.3.2010 <u>B 8 SO 2/09 R</u> SozR 45910 §Â 92c Nr 1 RdNr 11). Soweit hier in den beiden Bescheiden vom 25.7.2018 der Herausgabeanspruch der Mutter bzw des Vaters â∏auf Herausgabe der Schenkung aufgrund der unentgeltlichen Löschung des Wohnrechtsâ∏ auf den Beklagten übergeleitet wird, mag dies allein die gebotene Handlung nicht deutlich beschreiben. Es ergibt sich aber aus dem Kontext der weiteren Begrýndung und insbesondere der Begrýndung des Widerspruchsbescheids, in dem der Wert dieses â∏Wohnrechtsâ∏ mit 55 000 Euro beziffert wird, dass die Ã∏berleitung in Höhe der Aufwendungen für die geleistete und noch zu leistende Hilfe zur Pflege verlangt wird und dabei zum einen der Wert des Wohnungsrechts die Obergrenze der Ä\|\text{berleitung darstellt sowie zum anderen als Endzeitpunkt die Beendigung des

Anspruchs auf Rückübertragung wegen Verarmung des Schenkers genannt wird, der sich notwendigerweise aus dem Ende des Hilfebedarfs ergibt (Conradis in LPK-SGB XII, 12. Aufl 2020, <u>§Â 93 SGB XII</u> RdNr 40).

18 Eine fehlende Bestimmtheit ergibt sich im Hinblick auf den zum Zeitpunkt der ̸berleitungsanzeige zukünftigen Leistungszeitraum auch nicht daraus, dass der Beklagte die Feststellung der Kostenersatzpflicht nur dem Grunde nach geltend macht. Hängt der Ã∏bergang des Anspruchs nicht allein von der ̸berleitungsanzeige, sondern daneben von der tatsächlichen, im Zeitpunkt der Herausgabe der ̸berleitungsanzeige nicht notwendig bestimmbaren Hilfeleistung ab, so muss nach dem System der gesetzlichen Regelung nicht notwendigerweise beziffert werden (BVerwG vom 17.5.1973 Â <u>VÂ C 108.72</u>Â <u>BVerwGEÂ 42, 198</u>, 201 juris RdNr 14; vgl auch BVerwG vom 5.5.1983 Â <u>5Â CÂ 112.81</u>Â <u>BVerwGEÂ 67.</u> 163, 165 â∏∏ juris RdNr 9; vgl aber BSG vom 29.8.2019 Â BÂ 14Â AS 50/18Â RÂ BSGE 129, 80 = SozR 44200 §Â 34 Nr 4, RdNr 15 ff zur ausschlieÃ∏lich isolierten Feststellung der Sozialwidrigkeit im Anwendungsbereich des §Â 34 Sozialgesetzbuch Zweites Buch Bürgergeld, Grundsicherung für ArbeitsuchendeÂ). Dies folgt auch aus <u>§Â 93 Abs 2 SGBÂ XII</u>, der als Rechtsfolge der ̸berleitung die Wirkung für die nachfolgende Zeit der ununterbrochenen LeistungsgewĤhrung bestimmt, was die fehlende Bezifferbarkeit zum Zeitpunkt der Alberleitung voraussetzt (vgl Giere in Grube/Wahrendorf/Flint, SGBA XII, 7. Aufl 2020, §Â 93 RdNr 28).

19 In materieller Hinsicht ist für die RechtmäÃ∏igkeit des die Ã∏berleitung als Magistralzession bewirkenden Verwaltungsakts nach <u>§Â 93 SGBÂ XII</u> nur erforderlich, dass ein überleitungsfähiger Anspruch überhaupt in Betracht kommt, er also nicht von vornherein objektiv ausgeschlossen ist. In der Sozialhilfe dient die ̸berleitung eines Anspruchs neben den Vorschriften þber den Einsatz eigenen Einkommens und VermĶgens dazu, den Nachrang der Sozialhilfe (§Â 2 Absâ 1 SGBâ XII) zu realisieren (im Einzelnen sogleich), weshalb die Vorschriften über die Ã∏berleitung von Ansprüchen bedarfsorientiert gesehen werden. Entscheidend ist also nicht, ob ein Anspruch tatsAxchlich besteht, sondern dass die $\tilde{A} \cap \text{berleitung } f \tilde{A}^{1} / 4r$ einen Zeitraum erfolgt, $f \tilde{A}^{1} / 4r$ den Leistungen der Sozialhilfe tatsÃxchlich gewÃxhrt worden sind (vgl zu §Â 90 BSHG aF BVerwG vom 26.11.1969 <u>V C 54.69</u> <u>BVerwGE 34, 219</u>, 221 juris RdNr 7). Nur wenn offensichtlich ist, dass dieses Ziel nicht verwirklicht werden kann Å sog Negativevidenz ist der Erlass einer Ã∏berleitungsverfügung sinnlos und trotz Vorliegens aller im Gesetz normierten Voraussetzungen als rechtswidrig aufzuheben (BSG vom 25.4.2013 <u>B 8 SO 104/12 B</u> RdNr 9; zu §Â 90 BSHG aF BVerwG vom 6.11.1975 V C 28.75 BVerwGE 49, 311, 316 juris RdNr 15).

20 Solch erkennbar sinnlose Ã□berleitungsverfÃ⅓gungen liegen nicht vor. Das LSG hat es zu Recht fÃ⅓r denkbar gehalten, dass der Verzicht auf das Wohnungsrecht wegen der damit verbundenen Wertsteigerung des GrundstÃ⅓cks eine Schenkung darstellt und ein RÃ⅓ckforderungsanspruch wegen Verarmung des Schenkers nach

§Â 528 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in Betracht kommt sowie dieser Anspruch grundsätzlich überleitungsfähig ist. Gegenstand des übergeleiteten Anspruchs sind hierbei nicht die hallchstpersalnlichen Rechte wie das auf Gestattung der Wohnung, die nicht zurĽckgegeben werden kĶnnen, sondern der in Höhe des Wertzuwachses des Grundstýcks zu bemessende Wert der Schenkung (<u>§Â 818 Abs 2 BGB</u>), den dieses durch den im Jahr 2014 eingetretenen Wegfall der dinglichen Belastung mit dem Wohnungsrecht erfahren hat sowie ggf der Wert der Nutzungen, die der KlĤger daraus gezogen hat (Bundesgerichtshof vom 17.4.2018 X ZR 65/17 BGHZ 218, 227 RdNr 10). Nach den Feststellungen des LSG stand das den inzwischen verstorbenen Eltern mit notariellem Vertrag eingerĤumte Wohnungs- und Benutzungsrecht an den RĤumen des dem KlĤger zum Alleineigentum ļbertragenen Hauses auch nicht unter der auflĶsenden Bedingung dauerhafter Verhinderung seiner Ausļbung, was den Rechtsgrund einer Schenkung mangels Zuwendung zum hier entscheidenden Zeitpunkt in Frage gestellt h\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)tte (vgl BGH vom 6.2.2009 â∏ <u>V ZR 130/08</u> â∏ RdNr 11Â ff; vgl Roth, SGb 2022, 475, 476), sondern die Eltern bewilligten notariell beurkundet am 22.8.2014 die LA¶schung ihres Wohnungsrechts und des Nie̸brauchs, was anschlieÃ∏end vollzogen wurde. Damit basiert die LA¶schung auf einer willentlich erfolgten VerfA¼gung (A§A 875 BGB), als deren Rechtsgrund mangels festgestellter oder behaupteter Gegenleistung eine Schenkung nach §Â 516 BGB in Betracht kommt (Oberlandesgericht Nürnberg vom 22.7.2013 4 U 1571/12 juris RdNr 11; Weidenkaff in Grüneberg, BGB, 82. Aufl 2023, §Â 516 RdNr 5).

21

Der Anspruch ist auch nicht von vornherein deshalb ausgeschlossen, weil der Vater noch vor Erlass des Widerspruchsbescheids verstorben ist; denn der Tod des Schenkers selbst vor Geltendmachung des Rýckforderungsanspruchs lÃxsst diesen nicht untergehen (BGH vom 14.6.1995 Å <u>IVÅ ZR 212/94</u>Å <u>NIW 1995, 2287,</u> 2288; BGH vom 25.4.2001 X ZR 229/99 BGHZ 147, 288 juris RdNr 15Â f zu §Â 90 BSHG). Das ergibt sich bereits aus dem Wortlaut des §Â 93 Abs 1 Satz 4 SGB XII, wonach der Forderungsübergang nicht dadurch ausgeschlossen ist, dass der Anspruch nicht übertragen, verpfändet oder gepfändet werden kann. Insbesondere erlischt der Anspruch nicht durch Konfusion, wenn der Beschenkte (auch) Erbe des verstorbenen Schenkers ist (OLG Stuttgart vom 4.8.2016 Å <u>9Å U</u> 118/16 RdNr 21). Zutreffend ist das LSG schlieÃ∏lich davon ausgegangen, dass angesichts eines durch den Gutachterausschuss beim Landratsamt ermittelten Wertes des Wohnungsrechts zum Stichtag iHv 55Â 000Â Euro keine Sinnlosigkeit oder UnverhältnismäÃ∏igkeit des übergeleiteten Rechts zu befürchten ist (zur Feststellung des Wertes s OLG Celle vom 24.10.2022 Â 6Â U 11/22Â juris RdNr 22). Ein etwaiger Formmangel des Schenkungsversprechens wurde durch den tatsÃxchlichen Vollzug geheilt (dazu Kühle in Herberger/Martinek/RüÃ∏mann/Weth/Würdinger, jurisPKBGB, 10. Aufl 2023, §Â 518 RdNr 16, Stand 1.2.2023; Chiusi in Staudinger, §Â 518 BGB RdNr 25; Weidenkaff in Grüneberg, BGB, 82. Aufl 2023, §Â 518 RdNr 9; Koch in MünchKommBGB, 9. Aufl 2023, §Â 518 RdNr 21).

Die Frage, ob die RechtmĤÄ∏igkeit der Leistungserbringung wie bei der Kostenersatzpflicht des Erben nach <u>§Â 102 SGBÂ XII</u> sowie der inhaltsgleichen Vorschrift des §Â 92c BSHG (BSG vom 27.2.2019 Â BÂ 8Â SO 15/17Â RÂ SozR 43500 §Â 102 Nr 3 RdNr 16; BSG vom 23.3.2010 Â BÂ 8Â SO 2/09Â RÂ SozR 45910 §Â 92c Nr 1 RdNr 16) auch ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal der ̸berleitung nach <u>§Â 93 SGBÂ XII</u> ist, oder ob die Tatbestandswirkung der faktischen GewĤhrung von Sozialhilfe selbst bei Rechtswidrigkeit nach der Wertung der <u>§Â§Â 44</u> ff SGB X die Ã∏berleitung rechtfertigt (so Giere in Grube/Wahrendorf/Flint, SGB XII, 7. Aufl 2020, §Â 93 RdNr 11; vgl zur differenzierenden Sichtweise des BVerwG vom 4.6.1992 Â 5Â C 57.88Â NIW 1992. <u>3313</u>Â f sowie BVerwG vom 18.12.1975 Â <u>VÂ C 2.75</u>Â <u>BVerwGEÂ 50, 64</u>, 71Â f juris RdNr 19 zur Ausbildungsbeihilfe nach §Â§Â 31 ff BSHG aF und BVerwG vom 27.10.1977 <u>V C 9.77</u> <u>BVerwGE 55, 23, 27</u> juris RdNr 23 zu §Â 36 Bundesausbildungsfå¶rderungsgesetz; kritisch Conradis in LPKSGB XII, 12. Aufl 2020, §Â 93 RdNr 13 ff; Armbruster in jurisPKSGB XII, 3. Aufl 2020, §Â 93 RdNr 48, Stand 5.12.2022), kann zumindest fýr den vorliegenden Fall dahinstehen.

23 Die Ä\|\text{berleitungsanzeige leidet aber an einem Ermessensfehler. \(\hat{A}\)\(\hat{\hat{A}}\)\(\hat{A}\)\(\hat{\hat{A}}\)\(\hat{A}\ Satz 1 SGBÂ XII verleiht (auch) dem (vermeintlichen) Drittschuldner einen Anspruch auf fehlerfreie Ausübung des Ermessens, ob übergeleitet wird. Dabei liegt ein Ermessensfehlgebrauch neben dem Verfolgen eines unsachlichen Motivs oder eines sachfremden Zwecks (Ermessensmissbrauch) auch dann als AbwĤgungsdefizit vor, wenn die BehĶrde nicht alle Ermessensgesichtspunkte, die nach der Lage des Falls zu berļcksichtigen sind, in die Entscheidungsfindung einbezogen hat. Dies ist dann der Fall, wenn sie die abzuwĤgenden Gesichtspunkte rechtlich fehlerhaft gewichtet hat (AbwĤgungsdisproportionalitĤt) oder wenn sie ihrer ErmessensbetÄxtigung einen unrichtigen oder unvollstÄxndigen Sachverhalt zugrunde gelegt hat. Deshalb haben die Tatsacheninstanzen in tatsÃxchlicher Hinsicht zu überprüfen, ob die Behörde die Tatsachen, die sie ihrer Ermessensentscheidung zugrunde gelegt hat, zutreffend und vollstĤndig ermittelt hat (Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl 2020, §Â 54 RdNr 28b; B. Schmidt, NZS 2020, 319; Ruthig in Kopp/Schenke, Verwaltungsgerichtsordnung, 28. Aufl 2022, §Â 114 RdNr 12 mwN).

24
Ein solcher Fall, in dem die Ermessensentscheidung auf einer unvollständigen Sachverhaltsermittlung beruht und deshalb rechtswidrig ist, liegt hier vor: Der Beklagte hat nach den bindenden Feststellungen des LSG die Eltern als bisherige Gläubiger des Rù¼ckforderungsanspruchs jedoch vor der Ã□berleitung nicht angehört und damit keine ausreichende Tatsachengrundlage geschaffen, die die Besonderheiten im Verhältnis des Drittschuldners zu den Hilfeempfängern hätten erkennbar werden lassen und die Einbeziehung solcher Gesichtspunkte in die Ermessensentscheidung erst ermöglicht hätten.

25 Zwar durfte der Beklagte als einen ma̸geblichen Gesichtspunkt in die

Entscheidung über die Ã∏berleitung die Wiederherstellung des Nachrangs der Sozialhilfe einstellen. <u>§Â 93 SGBÂ XII</u> dient der Umsetzung des Nachrangs des aus <u>§Â 2 SGBÂ XII</u> folgenden Programmsatzes (dazu BSG vom 22.3.2012 Â <u>BÂ 8Â SO</u> 30/10 R BSGE 110, 301 = SozR 43500 §Â 54 Nr 8, RdNr 25 mwN; zuletzt BSG vom 23.3.2021 B 8 SO 2/20 R SozR 43500 §Â 2 Nr 3 RdNr 13). Damit ist der Nachranggrundsatz zulässiger Abwäsgungsgesichtspunkt. Offenbleiben kann, ob es sich bei dem in <u>§Â 93 Abs 1 Satz 1 SGB XII</u> eingeräumten Ermessen um ein sog intendiertes Ermessen handelt, bei dem in der Regel der Nachranggrundsatz die ̸berleitung gebietet (so zu §Â 90 BSHG zuletzt BVerwG vom 27.5.1993 <u>5 C 7.91</u> <u>BVerwGE 92, 281</u>, 287 â∏∏ juris RdNr 19), wogegen der Wortlaut des <u>§Â 93 Abs 1 SGB XII</u> (â∏∏kannâ∏∏) spricht, der die Ermessensausübung nicht auf atypische FĤlle beschrĤnkt (in diesem Sinne Armbruster in jurisPKSGBÂ XII, 3. Aufl 2020, §Â 93 RdNr 149, Stand 5.12.2022; Bayerisches LSG vom 28.9.2017 â∏ <u>L 8 SO 219/15</u> â∏ juris RdNr 52 f). Neben der Wiederherstellung des Nachrangs sind in jedem Fall familiÃxre Belange als Gesichtspunkte für eine abweichende Entscheidung zu berļcksichtigen (so bereits BVerwG vom 27.5.1993 5 C 7.91 BVerwGE 92, 281, 286 juris RdNr 18Â f).

26

Die Geltendmachung eines SchenkungsrĽckforderungsanspruchs, mit dem eine häufig aus ideellen Motiven getroffene unentgeltliche Zuwendung rückgängig gemacht wird, greift typischerweise in die familiÄxren VerhÄxltnisse ein und bedeutet eine nicht unerhebliche Gefahr fýr das dortige friedliche Miteinander. Allein den Versto̸ gegen die Anhörungspflicht aus <u>§Â 24 Abs 1 SGBÂ X</u> (in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch vom 18.1.2001, BGBI I 180) kann der KlĤger zwar mangels Verletzung eigener subjektiver Rechte nicht als Versto̸ gegen die formelle RechtmäÃ∏igkeit der Ã∏berleitungsentscheidung geltend machen (vgl BSG vom 14.11.2002 $\hat{a} \sqcap \exists B 13 R \mid 19/01 R \hat{a} \sqcap BSGE 90, 127, 130 = SozR 3-5795 <math>\hat{A} \in A \setminus A \cup A$ Nr 1 S 4 â∏∏ juris RdNr 20; GroÃ∏ in Berchtold, SGG, 6. Aufl 2021, §Â 54 RdNr 17; Bieresborn in Roos/Wahrendorf/Müller, SGG, 3. Aufl 2023, §Â 54 RdNr 108; Armbruster in jurisPKSGB XII, 3. Aufl 2020, §Â 93 RdNr 162, Stand 5.12.2022). Die AnhĶrung der Eltern hat aber zu erfolgen, um alle ermessensrelevanten Gesichtspunkte zu ermitteln, die in der Sache die familiĤren Interessen berühren. Nicht zuletzt im Hinblick auf das Gebot familiengerechter Leistungen (§Â 16 SGB XII) ist es daher zwecks vollständiger Tatsachenermittlung unabdingbar, vor der zu treffenden Ermessensentscheidung über eine Ã∏berleitung auch die Eltern als bisherige Gläubiger anzuhören.

Es kann somit dahinstehen, ob der Beklagte noch weitere Gesichtspunkte in die Ermessensentscheidung hĤtte miteinflieÄ□en lassen müssen. Den Feststellungen des LSG lassen sich immerhin Hinweise dafür entnehmen, dass mit dem Interesse der Wiederherstellung des Nachrangs abzuwägende familiäre und soziale Belange des Klägers in Form von Verschuldung und Krankheit zum maÃ□geblichen Berücksichtigungszeitpunkt der letzten Behördenentscheidung (Littmann in Hauck/Noftz, SGB X, K §Â 41 RdNr 9, Stand August 2017; Schütze in Schütze, 9. Aufl 2020, SGB X, §Â 41 RdNr 11; Bieresborn in

Roos/Wahrendorf/Müler, SGG, 3. Aufl 2023 §Â 54 RdNr 155) für den Beklagten objektiv erkennbar waren. Schlieà lich könnte sich auch die Rechtmäà ligkeit der Hilfegewährung als im Rahmen der Ermessensausübung zu berücksichtigender Umstand erweisen, soweit sie nicht schon Voraussetzung einer rechtmäà ligen à berleitungsanzeige ist (siehe oben). Zwar hat das LSG für den Senat bindend das Bestehen von Pflegebedürftigkeit beider Eltern iS von §Â 61 SGB XII (in der Fassung des Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung vom 28.5.2008, BGBI I 874), nicht jedoch deren Hilfebedürftigkeit unter Berücksichtigung des Vermögens festgestellt. Als berücksichtigungsfähiges Vermögen kommen hier wie vom Kläger vorgetragen grundsätzlich auch nach Aussetzung des direkten Handels noch indirekt an der Börse gehandelte Anteile offener Immobilienfonds in Betracht (vgl §Â 2 Wertpapierhandelsgesetz in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2010/73/EU und zur à nderung des Börsengesetzes vom 26.6.2012 Â BGBIÂ I 1375).

28

Wenn ein belastender Verwaltungsakt wegen Ermessensnicht- oder fehlgebrauchs rechtswidrig ist, muss das Gericht diesen aufheben, es darf hingegen nicht sein Ermessen an die Stelle desienigen des LeistungstrĤgers setzen (vgl BSG vom 4.2.1988 11 RAr 26/87 BSGE 63, 37, 40 = SozR 1300 §Â 45 Nr 34 SÂ 109 juris RdNr 16; BSG vom 24.2.1987 <u>11b RAr 53/86</u>Â <u>BSGE 61, 189</u>, 192 = SozR 1300 §Â 48 Nr 31 S 95 juris RdNr 25; Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, 13. Aufl 2020, §Â 54 RdNr 28, 28d). Die Ausfýhrungen des LSG, die entgegenstehenden Belange des Klägers seien hier nicht als so gewichtig anzusehen, dass eine andere Entscheidung als das Absehen von der ̸berleitung ermessensfehlerhaft war, setzen aber eine solche Prüfung an die Stelle der erforderlichen Prüfung durch den Beklagten. Wenn eine Ermessensreduzierung auch aus Sicht des LSGÂ nicht besteht, ist gerade die Prüfung wieder eröffnet, ob der Beklagte Ermessenserwägungen auf Grundlage eines vollstĤndig ermittelten Sachverhaltes getroffen hat. Welche anderen Ermittlungsmå¶glichkeiten im Hinblick auf die familiå¤ren Verhå¤ltnisse bestehen, nachdem die Eltern verstorben sind, war schlie̸lich nach Aufhebung der angefochtenen Bescheide nicht zu entscheiden.

Die Kostenentscheidung beruht auf §Â 197a Abs 1 SGG iVm §Â 154 Abs 1, §Â 155 Abs 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Die Streitwertentscheidung beruht auf §Â 197a Abs 3 und Abs 1 Satz 1 SGG iVm §Â 63 Abs 2 Satz 1 Gerichtskostengesetz (GKG). Die Höhe des Streitwerts bestimmt sich nach §Â 52 Abs 1 GKG: Mit den angegriffenen Ã□berleitungsanzeigen berühmte sich der Beklagte der Ã□berleitung eines Anspruchs auf sich in wertmäÃ□iger Höhe von 55 000 Euro. Dass es sich hierbei nur um den Höchstbetrag abhängig von den tatsächlich zu zahlenden Sozialhilfeleistungen handelt, ist für die Streitwertfestsetzung unerheblich, weil der Anspruch als Ganzes übergeleitet wurde und inzwischen feststeht, dass zwischen Ã□berleitung und Todeszeitpunkt der letztverstorbenen Mutter dieser Betrag geleistet wurde. Eine Erhöhung dieses Streitwerts gemäÃ□ §Â 52 Abs 3 Satz 2 GKG kommt nicht in Betracht.

Erstellt am: 23.08.2023

Zuletzt verändert am: 21.12.2024